

„...mehr Toleranz, gelebte Demokratie und ein gewaltfreies Miteinander!“

"Das evangelische Köln hat dafür ... ein entscheidendes Zeichen gesetzt."

Liebe Mitglieder der Verbandsvertretung,

liebe Schwestern und Brüder,

über solche Worte können wir uns sicher freuen, ich tue es jedenfalls. Gesagt oder besser geschrieben hat sie Anetta Kahane im zurückliegenden Jahr. Sie ist die Vorsitzende des Vorstandes der Amadeu Antonio Stiftung.

Diese Stiftung wurde nach Amadeu Antonio Kiowa benannt, der im November 1990 von Neonazis getötet wurde. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach der deutschen Wiedervereinigung. Die Stiftung aktualisiert fortwährend eine Chronik des Schreckens: Seit 1990 wurden in Deutschland 182 Menschen Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt. Manche von Ihnen erinnern sich vielleicht an meinen Bericht vom letzten Jahr. Die Attentate der feigen Mörderbande der NSU wurden offenbar, auch dass sie für das Attentat in der Keupstraße verantwortlich waren. Damals hat sich diese Verbandsvertretung einen Teil meines Berichtes zu Eigen gemacht und sich klar zur Situation der Opfer der NSU-Anschläge in der Keupstraße positioniert.

"Als evangelische Kirche in Köln und Region sind wir tief erschüttert über die Mordanschläge ...

Wir stehen an der Seite der Opfer von Menschenverachtung, Gewalt und mutwilliger Zerstörung. Unsere Anteilnahme gehört den betroffenen Familien, die zum Teil über Jahre hinweg auch mit ungerechtfertigten Verdächtigungen leben mussten."

Für den Vorstand war dieses Votum Anlass, auch ganz konkret etwas zu tun und den Worten Taten folgen zu lassen. Das ist das Zeichen von dem Anetta Kahane gesprochen hat. Wir haben den Betrag von 14200 Euro für die Antonio Amadeu Stiftung gespendet.

Diese fördert und ermutigt Menschen und Initiativen, die sich aktiv mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu beschäftigen.

„Gespräch mit OB und Ratsfraktionen und anschließende Gespräche über die evangelische Forderung nach einer professionellen Opferberatung“

Der Vorstand hat sich Anfang Oktober dann nochmals mit der Thematik befasst, nachdem der Oberbürgermeister wie auch der Polizeipräsident sich bei den Opfern vor Ort in der Keupstraße entschuldigt haben. Im Auftrag des Vorstandes habe ich einen Brief an den OB und die Ratsfraktionen geschrieben und die Meinung des Vorstandes erläutert: „Wir halten eine professionelle Opferberatung, die auch eine langfristige Traumatherapie nicht ausschließen darf, für einen notwendigen nächsten Schritt. Eine solche aufsuchende und individuelle Hilfe setzt an den entsetzlichen Erfahrungen der Opfer an, hilft ihnen langfristig, die Traumata zu überwinden und wieder ein normales Leben zu führen.“

Der Brief ist mit großer Offenheit aufgenommen worden. Seitdem haben einige Gespräche stattgefunden, vor einer Woche noch im Landschaftsverband. Es wurde deutlich, dass es unmittelbar nach dem Attentat in Mühlheim bereits sehr viele und gute Hilfsangebote, auch Entschädigungszahlungen, gab. Die falschen Verdächtigungen haben bei Betroffenen das Vertrauen in staatliche Institutionen allerdings schwer geschädigt. Wie sich jetzt herausstellt wurden die Opfer mit Hilfe von V-Leuten ja auch gezielt ausgeforscht. Fragen bleiben, gab es im Zusammenhang mit den Ermittlungen auch so etwas wie Vereitelung im Amt? Warum wurde nicht entschiedener die Spur in das rechtsradikale Milieu verfolgt? Der Brief war Auslöser dafür, dass wir nun darüber mit-beraten, wie die Situation verbessert werden kann. Wichtig ist, dass dies von einer unabhängigen nicht-staatlichen Stelle geschehen kann.

Diese Attentate der NSU, das Ermittlungsdesaster wie auch das sogenannte Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichtes waren die bestimmenden Themen auf den Iftaessen, – dem traditionellen Fastenbrechen zum Ramadan - zu denen ich in diesem Jahr wieder eingeladen war. Sie wissen es vielleicht, Köln ist das Zentrum muslimischen Lebens in der Bundesrepublik. Hier finden wichtige zentrale Iftaessen statt mit bundesweiter Bedeutung. Drei Mal bin ich den Einladungen zum festlichen Fastenbrechen gefolgt, einmal auch in die noch unfertigen Räume der neuen zentralen Moschee der Ditib in der Venloer Straße. In enger Absprache mit der Landeskirche habe ich Grüße ausgerichtet.

Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichtes

In den Reden und Diskussionen stand das Beschneidungsurteil sehr im Vordergrund. Die Beauftragten der Landeskirche für den Dialog mit Judentum und Islam waren entschieden dafür eingetreten, dass das Aufwachsen-Lassen von Kindern in einer religiös-geprägten Tradition als „Recht des Kindes auf Religion“ geschützt bleibt. Ich bin auch der Meinung, dass wir in dieser Diskussion, bei der die Möglichkeit jüdischen und muslimischen Lebens in Deutschland auf dem Spiel steht, sicher auch als Kirche gefordert sind, Position zu beziehen. Dabei habe ich den Eindruck, dass kaum eine religiöse Frage in den letzten Jahren mit einer solchen Heftigkeit öffentlich wie auch privat diskutiert worden ist wie diese. Ich selbst bin auf diese Thematik mehrfach von Ärzten oder Rechtsanwälten hin angesprochen worden. Mein Eindruck: die engagiert vorgetragenen unterschiedlichen Positionen lassen sich weder politisch noch religiös verschiedenen Gruppierungen zuordnen. Das wäre vereinfachend, Sie werden das vielleicht selbst in Ihren Gemeinden festgestellt haben.

Die Diskussionen sind oft geprägt vom Respekt gegenüber unserer rechtsstaatlichen Ordnung, aber auch von medizinischen Einsichten und den daraus resultierenden Bedenken. Gestern hat der Bundestag jedenfalls in erster Lesung über den Regierungsentwurf eines neuen Gesetzes beraten, das die Beschneidung von Jungen unter bestimmten Bedingungen erlaubt. Es gibt inzwischen wohl einen Alternativentwurf.

Es ist nur zu hoffen, dass bald Rechtssicherheit einkehren kann. Es kann nicht sein, dass wir in der Bundesrepublik mit einer durch Jahrtausende hindurch gelebten Tradition rechtlich in eine Grauzone kommen. Wie einzelne auch immer zu der Beschneidungspraxis stehen, eins ist sicher, das Gefühl, ausgegrenzt und unwillkommen zu sein, würde dem Widererstarken jüdischen Lebens in unserer Stadt und in der Region entgegenstehen und würde auch für die vielen Muslime in unserer Stadt nicht nachvollziehbar sein.

In meinem Grußwort zum Fastenbrechen bin ich dann auch eingegangen auf meine langsame

Annäherung an die neue Ditib-Moschee.

Wenn Sie einmal Gelegenheit haben, mit dem Fahrrad über die Innere Kanalstraße in Köln Richtung Venloer Straße zu fahren – das sollten Sie unbedingt einmal tun - dann werden Sie eine ganz besondere Sichtweise erleben. Ich jedenfalls war wirklich sehr gespannt darauf wie sie jetzt aussieht, die neue Moschee, nicht nur von außen, auch von Innen, und ich bewusst: "unsere Moschee". Städtebaulich betrachtet, ist dieses Stück Architektur, um das es so viele Auseinandersetzungen gab und gibt, wirklich ein großer Entwurf und Gewinn! Wenn Sie dann die ungewöhnlichen Turmspitzen beim langsamen Näherkommen so über den Baumwipfeln zum ersten Mal sehen, ist das schon eine Veränderung für das uns so vertraute Stadtbild Kölns. Breite und fröhliche Zustimmung habe ich dann für meine Bemerkung erfahren, dass es mir als evangelischem Bürger dieser Stadt mit der Moschee bald schon so geht wie mit dem Dom: Da freue ich mich durchaus ja auch, wenn ich über die Severinsbrücke fahre und ihn sehe weil der Dom, der gehört ja irgendwie auch allen Kölnern und natürlich auch allen Menschen in der Region – auch wenn wir sicher nicht alles inhaltlich teilen, was der derzeitige Hausherr an Positionen vertritt.

Die Herausforderung als evangelische Kirche in der Stadt und in der Region ist es, den konstruktiven und wertschätzenden Dialog mit den Religionen, in der Ökumene und letztlich auch untereinander zu fördern. Dabei ist natürlich eine evangelische Haltung und Perspektive gefordert, die ich gerne in den Begegnungen der Stadtgesellschaft und in der Region vertrete. Dazu gehören durchaus politisch knifflige Begegnungen: denn ein paar Wochen nach dem Fastenbrechen hatte ich Besuch. Der türkische Religionsminister, das ist der Präsident der türkischen Religionsbehörde Diyanet, hatte sich zu einer spontanen Stippvisite angekündigt. Ich nahm für den Kirchenverband ein silberglänzendes, reich verziertes türkisches Mokkaesgeschirr als Gastgeschenk entgegen. Ich bin mir sicher, es hatte nur damit zu tun, dass er sich über kirchliche Bildungsarbeit informieren lassen wollte und dankbar dafür war, das in unserer Melancthon-Akademie tun zu können. Ein sehr freundlicher Mann. Am nächsten Tag lasen wir dann allerdings in der Zeitung, dass sein Besuch offenbar auch noch eine andere Mission erfüllte: Der bisherige Vorsitzende der Ditib, Ali Dere, der hervorragend deutsch spricht und auch auf unseren Jahresempfängen anzutreffen war, wurde vom Botschaftsattaché der Türkei in Frankreich, Izzet Er, abgelöst. Auch ein belgischer Botschaftsrat gehört jetzt zum neuen Vorstand. Das alles dürften Indizien dafür sein, wie eng der deutsche Verein mit der türkischen Regierung verbunden ist. Auch für die Mitglieder des Beirates war das alles sehr überraschend. Dieser tagt nach wie vor und begleitet weiterhin den Moscheebauprozess. Der Tag der offenen Moschee am 3. Okt hat gezeigt, so wurde mir berichtet, dass der Neubau auch in der Bevölkerung auf großes Interesse stößt. Ich wünsche mir, dass die inneren wie äußeren Ärgernisse bald überwunden sind und die Moschee im nächsten Jahr geöffnet werden kann.

„Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“

Ein weiteres wichtiges Thema, das mich im vergangenen Jahr beschäftigt hat, war die Nakba - Ausstellung - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948. Es geht in dieser Ausstellung um die Staatengründung Israels und das Leiden des palästinensischen Volkes. Ich habe neben anderen, dem Oberbürgermeister, Vertretern der katholischen Kirche, Bildungseinrichtungen, des El-De-Hauses, der Gewerkschaften eine Erklärung

unterschrieben, die sich kritisch mit dieser Ausstellung auseinandersetzt. Es ging hierbei um die Frage der Einseitigkeit in der Darstellung. Es ging nicht darum, das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung in der Zeit von 1947/1948 zu beschönigen oder zu verschweigen. Wir waren der Meinung, dass Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung im Nahen Osten nur dann Realität werden können, wenn beide Seiten ihre Geschichte und konträre Sicht jeweils zur Kenntnis nehmen und daraus konstruktive Folgerungen entwickeln.

Aber das alles ist natürlich reine Theorie und zur Zeit wissen wir nicht, welche Entwicklung der aktuelle Konflikt nehmen wird. (gegebenenfalls wie lange der ausgehandelte Waffenstillstand dauert).

Neben Köln hat nun auch Bergisch Gladbach als zweite Stadt in Deutschland eine Partnerstadt in Israel wie auch in Palästina. Ich fand es sehr bewegend wie der Bürgermeister von Bergisch Gladbach, Lutz Urbach, die beiden Städtepartnerschaften zum Anlass nahm, um bei der zentralen Gedenkfeier zum Volkstrauertag auch den Wunsch nach Frieden und Versöhnung für die Menschen in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten zum Ausdruck zu bringen.

„Evangelisches Forum Sozialethik Köln und Region“

Alle bisher in meinem Bericht benannten Punkte können künftig auch im Evangelischen Forum Sozialethik Köln und Region diskutiert und vertieft werden.

Sie erinnern sich: das Nachfolgegremium für den „Sozialethischen Ausschuss“, es wurde inzwischen auf den Weg gebracht. Auf der letzten Sitzung der Verbandsvertretung haben wir die Mitglieder benannt. Im Oktober hat das Gremium auf meine Einladung hin zum ersten Mal getagt. Organisatorisch angebunden ist das Forum an die Melanchthonakademie, es ist frei in der Themenwahl und muss eigene Vereinbarungen treffen über die Arbeitsweise. Ich bin sehr gespannt, wie sich dieses Forum entwickeln wird, es ist jedenfalls ein großes Spektrum an persönlicher und beruflicher Sachkompetenz versammelt.

Wie ich hörte will sich das Gremium zunächst einmal über das Selbstverständnis evangelischer Sozialethik informieren und Themen sammeln.

1612 - 2012 400 Jahre Provincialsynode

Liebe Schwestern und Brüder, es hat in unserer Kirche Tradition, das die persönliche und berufliche Kompetenz der Nicht-Theologen auch das Leitungshandeln unserer Gemeinden und Synoden bestimmt. Auf dieser Linie liegt in gewisser Weise auch das Forum wenn die hier handelnden Personen in ethischen Fragen beraten und verantwortliche Christen und Christinnen sich zu Themen äußern und ihre Beratungskompetenz anbieten. Die wichtige Provincialsynode in Mülheim, die vor 400 Jahren stattfand, als Mülheim noch selbständige Stadt war, hat schon damals flexible presbyterial-synodale Leitungsstrukturen geschaffen, ohne diese näher bestimmen zu wollen. Es kam zu einer Aufwertung von Nichttheologen in der Gemeinde, Bildung und die Diakonie wurden als zentrale kirchliche Handlungsfelder bestimmt. Aber zu den Mülheimer Beschlüssen von 1612 gehört die Erkenntnis, dass Gemeinden auch überregional füreinander Verantwortung tragen; dass – „finanzielle Solidarität“ – keine Phrase sein darf. Ich habe das einem Redemanuskript von Professor Dr. Mühling entnommen, der in Mülheim jüngst einen beachtenswerten Vortrag darüber gehalten hat. Das ist für mich eine gute Überleitung zu dem nächsten ernstesten Thema, das uns als Verband in besonderer Weise betrifft. Um die finanzielle Solidarität auch in den nächsten Jahren auf effektive und nachhaltige Weise auch im Bereich der Ämter und Einrichtungen des Verbandes

gewährleisten zu können, hat der Vorstand schon zu Zeiten von Stadtsuperintendent Ernst Fey einen Arbeitskreis "Zukunftsstruktur des Verbandes" ins Leben gerufen. Als Vorsitzender ist es heute abend meine Aufgabe, über die Ergebnisse des Arbeitskreises zu berichten.

AK zukünftige Struktur des Verbandes

Der AK hat in den letzten Jahren intensiv getagt, was zu zwei Klausurtagungen des Vorstandes führte, zuletzt am 1. September diesen Jahres. Dem Arbeitskreis gehörten alle Superintendenten und die Superintendentin an, die Vorstandsmitglieder Fr. Bukow, Hr. Ebert, Herr Doktor und Herr Nöcker. Herr Fuchs-Stratmann von der MAK war Referent und vornehmlich für den organisatorischen Teil verantwortlich. Der Kreis konnte sich einen guten Überblick über die verschiedenen Arbeitsbereiche des Verbandes, die Ämter und Einrichtungen verschaffen, bis auf wenige Ausnahmen wie das Frauenreferat und die Seelsorge in der Justizvollzugsanstalt. Der Arbeitskreis hat dem Vorstand einige Vorschläge unterbreitet, die intensiv diskutiert und verabschiedet wurden.

Ich gebe Ihnen heute die Ergebnisse zur Kenntnis. Auf der Verbandsvertretung im Herbst 2013 sollen Richtungsentscheidungen vorbereitet und Ihnen vorgelegt werden.

1. Das Diakonische Werk wie auch die Familienbildungsstätte und deren zuständige Gremien wurden gebeten, Szenarien zu entwickeln, die fiktiv davon ausgehen dass sich die Zuweisungen durch den EKV im Zeitraum von 5 Jahren um 10% und im Zeitraum von 10 Jahren um 20% verringern werden.

Mögliche Auswirkungen und Folgen für die einzelnen Arbeitsbereiche und die Gesamtstruktur dieser Einrichtungen sollen herausgearbeitet und dargestellt werden.

2. Krankenhauseelsorge: Der Vorstand beauftragt den Arbeitskreis Krankenhauseelsorge, Vorschläge zu erarbeiten wonach in Zukunft nur noch in den evangelischen Krankenhäusern, den großen Häusern/Kliniken sowie innerhalb der Krankenhausverbände qualifizierte Seelsorge vorgehalten werden soll. Auf längere Sicht soll auch die zukünftige Pfarrstellenstruktur mit den Vorgaben der landeskirchlichen Rahmenplanung abgestimmt werden.

Die Stärkung ehrenamtlicher Kompetenz soll zukünftig ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der hauptamtlichen Krankenhauseelsorgerinnen und Krankenhauseelsorger werden. Hier gilt es ein Konzept zu erarbeiten um qualifizierter Angebote für ehrenamtlich interessierte Mitarbeitende zu entwickeln.

Auch der Bereich der Pflegeheime soll in den Blick genommen werden, was allerdings nicht zu einer Ausweitung verbindlicher Aufgaben führen soll.

3. In der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene geht der Vorstand davon aus, dass auch weiterhin bei Neubesetzungen die Umwandlung von Stellen unter Kostengesichtspunkten geprüft wird, ohne Refinanzierungen zu gefährden.

4. Das Schulreferat und das Pfarramt für Berufskollegs wurden beauftragt, das notwendige Datenmaterial zusammenzutragen, um möglichst bald Gespräche mit den Nachbarkirchenkreisen führen zu können, mit dem Ziel, diese an der Finanzierung der

Fortbildungen zu beteiligen, da der Teilnehmerkreis über die Grenzen des Verbandes hinausgeht.

5. Der Fachausschuss des Jugendpfarramtes wurde gebeten, bis Ende 2013 Vorschläge für eine Neustrukturierung des Arbeitsbereiches zu machen. Hierbei soll davon ausgegangen werden, dass nach dem Eintritt in den Ruhestand von Pfarrer Völker, diese Pfarrstelle nicht mehr besetzt werden wird.

6. Der Vorstand bittet die Melancthon-Akademie um Beratung und Konzepte, wie Ehrenamtliche für kirchliche Arbeitsfelder zugerüstet und qualifiziert werden können.

7. Der Vorstand beschließt, für das Tagungshaus "Haus Wiesengrund" eine Wirtschaftlichkeitsanalyse vorzunehmen. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Konsequenzen mit einer möglichen Aufgabe des Hauses verbunden wären.

8. Der Vorstand folgt der Empfehlung der Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Struktur des Verbandes“ und hat bereits die Entscheidung getroffen, das Sachgebiet „Rechtsangelegenheiten“ zum 31.12.2012 aufzulösen. Der hier tätigen Mitarbeiterin wurde betriebsbedingt gekündigt.

Die in diesem Sachgebiet angefallenen Verwaltungsaufgaben mit juristischem Bezug werden künftig in den jeweils fachlich zuständigen Sachgebieten wahrgenommen. Soweit im Einzelfall besondere Rechtsfragen nicht durch die mit der Sachbearbeitung betrauten Personen, ggf. mit Unterstützung des Landeskirchenamtes, geklärt werden können, ist in Abstimmung mit der Verwaltungsleitung eine anwaltliche Beratung einzuholen. Hierdurch entfällt die Vorhaltung einer besonderen Stelle für Rechtsangelegenheiten.

Die knapper werdenden Mittel durch den demographischen Wandel verändern unsere Strukturen nachhaltig. Jede Gemeinde steht vor diesen schwierigen Herausforderungen. Hier wünsche ich mir Besonnenheit und Klugheit und nicht zuletzt einen fairen Umgang untereinander, damit wir zu tragfähigen Lösungen kommen, die eine erkennbare und wirkungsstarke evangelische Kirche in Köln und in der Region ermöglichen. Der Verband und seine zentralen Angebote sind auch Angebote der Gemeinden. Sie ausschließlich und nur vor Ort in Eigenregie zu organisieren, würde die Strahlkraft unserer kleinen und großen Leuchttürme deutlich verringern. Evangelische Beratung, Diakonie, Bildungsarbeit, Jugend und nicht zuletzt die Öffentlichkeitsarbeit – neben den vielen anderen zentralen Aufgaben - im Zusammenschluss des Verbandes profilieren sie das Evangelische in unserer Stadt und in der Region – worauf wir durchaus auch stolz sein können! Dankbar bin ich darüber allemal.

Abschließend noch ein Ausblick auf die gemeinsame Aktion:

„Erwachsen glauben in Köln und Region“

Im Kölner Stadtgebiet, einsehbar unter

http://www.stadtkoeln.de/mediaasset/content/pdf15/statistisches_jahrbuch_k_In_2011.pdf lassen die folgende Daten aufhorchen:

2001: 43,8% katholisch

18,5 % evangelisch

62,3 % gesamt

2010 38,6 % katholisch (-5,2%) 16,8 % evangelisch (- 1,7%) 55,4 % gesamt (-6,9%)

Trotz dieser Entwicklung – wir werden weniger – sind wir zuversichtlich für die kommenden Jahre, auch wenn sich unsere Kirche in mancherlei Hinsicht verändern wird.

Deshalb möchte ich kurz auf ein Angebot im nächsten Jahr hinweisen, welches der Vorstand in seiner letzten Sitzung auf den Weg gebracht hat: „Erwachsen glauben in Köln und Region“. Wir bieten Ihnen als Gemeinde an, Angebote zu entwickeln, die Menschen sprachfähig machen, über ihren Glauben nachzudenken, ihn wieder zu entdecken oder ganz neu für sich zu erkunden. Egal, ob sie auf bereits bestehende Glaubenskurse setzen oder eigene Formen entwickeln, wir wollen uns gemeinsam aufmachen, Menschen für den Glauben zu begeistern. Dazu wird es Workshops geben, die praktische Tipps geben, wie von Kirche entfremdete Menschen über die eigenen Gemeindegrenzen hinweg zu erreichen sind. Wir können uns über erfolgreiche spannende Projekte austauschen und voneinander lernen, wie „evangelisch Erwachsen glauben“ eigentlich heute funktionieren kann.

Informationen und Einladungen werden Sie über die Kirchenkreise Anfang des kommenden Jahres erhalten. Seien Sie dabei, ein Kernthema unserer Kirche neu zu betrachten.

Liebe Schwestern und Brüder, nach vier ereignisreichen Jahren ist das jetzt mein letzter mündlicher Jahresbericht in dieser Amtsperiode.

Der Nominierungsausschuss hat Ihnen jetzt, was das Amt des Stadtsuperintendenten anbelangt, noch einmal denselben Vorschlag gemacht wie vor vier Jahren. Damals hatten wir in der Andacht den Psalm 103 gemeinsam gelesen. Mit fortschreitendem Alter werden Gelassenheit und Erfahrung mehr und mehr zum Gewinn, und sollten Sie mir heute noch einmal Ihr Vertrauen schenken, will ich gerne noch einmal das Lob Gottes in Psalm 103 in mir nachklingen lassen: „...der deinen Mund fröhlich macht und du wieder jung wirst wie ein Adler.“

Dafür sorgen schon irgendwie meine jüngeren Kollegen und die Kollegin im Superintendentenamts, meine Stellvertreter, bei denen ich mich für die wirklich gute und kollegiale oder geschwisterliche Zusammenarbeit in den vier Jahren von Herzen bedanke. Es war für mich eine gute Zeit, und wir haben auf einer Ebene des offenen und vertrauensvollen Miteinanders zusammengearbeitet – konstruktiv, diskursiv und nach vorne schauend!

Dank an Vorstand und ausscheidende Vorstandsmitglieder, Mitarbeitende

Mein Dank gilt heute auch besonders dem gesamten Vorstand für die gute Zusammenarbeit und die zielführende Kultur der Diskussion, die besonders auch von gegenseitigem Respekt getragen war und ist. Es war eine ertragreiche, eine arbeitsreiche, eine segensreiche Zeit!

Ich danke den übrigen Gremien, Fachausschüssen und besonders den Beratungsgremien der Verbandsvertretung – besonders hervorheben möchte ich den Haushalts- und Finanzausschuss mit der Baustelle NKF und dem Bau- und Liegenschaftsausschuss mit der Baustelle Neubau und natürlich dem Lenkungsausschuss für die Einführung des NKF, insbesondere der Projektleiterin Frau Witzel – ihnen wie auch allen Mitarbeitenden der Verwaltung ist heute zu danken, dass insbesondere diese wichtige Veränderung so

umgesetzt werden konnte, dass wir Ihnen heute einen Haushaltsplan nach den Grundsätzen des NKF vorlegen können. Die Mitarbeitenden der Verwaltung und unserem Beauftragten für das NKF, Herrn Ebert ist zu danken, dass wir bisher alle Zielvorgaben einhalten konnten, was nicht möglich gewesen wäre, wenn manche nicht zusätzliche Arbeitsstunden bis spät in die Nacht geleistet hätten wie z.B. Herr Neugebauer, der stellvertretende Leiter des Sachgebietes Finanzen.

Das Amt für Presse und Kommunikation, das sich heute mit einem Informationsstand auf dieser Verbandsvertretung vorstellt, hat auch im zurückliegenden Jahr für unseren Kirchenverband und alle seine Organisationseinheiten verlässlich und engagiert eine professionelle Arbeit als Stabsstelle geleistet.

Ganz besonders gilt mein Dank auch Frau Wegmann, unserer Verwaltungsleiterin, die die Übersicht trotz zahlreicher Krankheitsfälle in verschiedenen Sachgebieten nie verloren hat und mit ungewöhnlich hohem Zeitaufwand und mit vielen Gesprächen die Verwaltung geleitet, den Vorstand sachkundig begleitet und Projekte vorbereitet und Beschlüsse umgesetzt hat.

Und last, but not least: Frau Dreßen, unserer Sekretärin gebührt Dank - ohne Ihre Freundlichkeit, Umsicht und Sorgfalt wäre vieles nicht möglich gewesen.

Allen Vorstandsmitgliedern und auch Stellvertretern und Stellvertreterinnen werden wir im Dezember noch einmal besonders danken, heute möchte ich das in besonderer Weise den ausscheidenden Mitgliedern des Vorstandes gegenüber tun.

Marion Rauber, Pfarrerin in der Ev. Kirchengemeinde Bensberg, 20.06.2004-23.11.2012

Inga Weyer-Fabrega, aus der Ev KGM Lindenthal 19.11.2004-23.11.2012

Kurt-Joseph Doktor KGM Altenberg Schildgen 10.12.1988-23-11-2012

Mitglied Haushaltsausschuss, und Finanzfragen, stellvertretende Vors Bau und Liegenschaftsauss
Mitglied im AG Nominierung

Dietrich Neuhaus KGM Dellbrück/Holweide 27.06.1992-23.11.2012

AG Nominierung im Jahre 2008

Wilfried Voigt KGM Köln-Rath-Ostheim 18.11.2005—23.11.2012

Mitglied im Haush und Finanzauss seit 1988, in den letzten Jahren Vorsitzender

Prof Dr. Hans-Peter Riedel KGM Michaelshoven 23.06.2000 – 23.11.2012

Finanz und Haushaltsaussch sein 29.11.1996

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit

Rolf Domning
Stadtsuperintendent